

# EU klagt Österreich

Die Europäische Kommission hat Österreich wegen Defizite Liberalisierung beim ersten Eisenbahnpaket verklagt. Im Herbst kommt Bonus-Malus-System.

Im Jahr 2008 hat die EU ein sogenanntes Vertragsverletzungsverfahren gegen 23 EU-Staaten wegen Defizite bei der Umsetzung der Bahnliberalisierung eingeleitet. 13 Staaten, darunter auch Österreich steht nun eine Klage ins Haus. Im Fall Österreich geht es um zwei Anklagepunkte, weiß Ursula Zechner, Geschäftsführerin der Schienen Control GmbH (SCG), sprich Rail-Regulators. Die EU wirft Österreich mangelnde Unabhängigkeit der Trassenzuweisungsstelle des Infrastrukturbetreibers innerhalb des ÖBB-Konzerns vor. In dieser Frage ist seit 2008 ein wettbewerbsaufsichtsbehördliches Verfahren vor dem Regulator anhängig. Dieser Anklagepunkt sei mittlerweile mit einer Novelle zum Eisenbahngesetz abgeschwächt worden, erläutert die Juristin Zechner, die seit Februar dieses Jahres die Geschäftsführung der Schienen Control GmbH innehat.

Dass die ÖBB Holding über der ÖBB Infrastruktur AG steht, ist in Punkto Unabhängigkeit gar nicht nach dem Geschmack der EU. Sobald die EU-Klage formal



Ursula Zechner: „Im Dezember tritt das Bonus-Malus-System in Kraft.“

in Österreich eintrifft, wird man sich hierzulande mit dieser Frage beschäftigen müssen.

Im zweiten Anklagepunkt wirft die EU Österreich das Fehlen eines Bonus-Malus-Systems für die Infrastrukturbenutzungsgebühren im Fall von Verspätungen vor.

„Diesen Anklagepunkt wollen wir aus der Klage herausbekommen“, sagt Zechner und erklärt warum: Mit dem Winterfahrplanwechsel im Dezember dieses Jahres wird das reklamierte Bonus-Malus-System im Personen- und

Güterverkehr in Österreich eingeführt. Und ist damit dieser Vorwurf aus österreichischer Sicht obsolet.

Beide Anklagepunkte betreffen das erste EU-Eisenbahnpaket, das von der EU 2001 lanciert wurde. Im Jahr 2004 kam das zweite Eisenbahnpaket mit einer Fülle von Verordnungen für den technischen Bereich und 2007 schließlich das dritte Paket, das u. a. den Lokführerschein, den grenzüberschreitenden Personenverkehr und die Fahrgastrechte regelt. Die Liberalisierung in Österreich kommt voran, ist Zechner überzeugt. Durch den Markteintritt neuer Akteure, besonders im Güterverkehr habe sich der Wettbewerb verstärkt. Fazit: Qualität, Service und Auslastung der Infrastruktur steigt. Die SCG sieht sich auch als Ombudsman für Fahrgäste. Sie können hier ihre berechtigten Anliegen vorbringen, sollte sie mit der einen oder anderen Bahngesellschaft in Streitfragen auf keinen grünen Zweig kommen. Mit Interesse sieht man dem Start der WESTbahn in 2011 entgegen.